

# Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in  
Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV.,  
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgehaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einblendung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Montag vormittags 10 Uhr

Nr. 24

Sonnabend, den 16. Juni 1928

32. Jahrgang

## Der Neuaufbau des deutschen Arbeitsrechts

Nahezu ein Jahrzehnt ist verflossen, seitdem mit der Errichtung des Reichsarbeitsministeriums unter dem damaligen Reichsarbeitsminister Baver die Vorarbeiten für eine einheitliche Zusammenfassung und Modernisierung des deutschen Arbeitsrechts in Angriff genommen wurden. Der hiermit beauftragte, aus Theoretikern und Praktikern des Arbeitsrechts zusammengesetzte Ausschuss trat am 2. Mai 1919 zum erstenmal zusammen und war bis zum Jahre 1923 tätig. Das Ergebnis seiner Arbeit waren eine Anzahl Entwürfe, von denen einige inzwischen Gesetz geworden sind. Alsdann hörte man nichts mehr von ihm; er hatte, wie man sagte, seine Tätigkeit aus Sparmaßregelngründen eingestellt. Ein engerer aus fünf Personen bestehender Ausschuss sollte die begonnenen Arbeiten fortsetzen. Dieser hielt aber nur einige Sitzungen ab, um dann ebenfalls in Untätigkeit zu verfallen. Die Vorarbeiten für die Schaffung eines neuen einheitlichen deutschen Arbeitsrechts stockten und sind seitdem von dem Arbeitsrechtsausschuss nicht wieder aufgenommen worden.

Die Erklärung hierfür ergibt sich aus der durch die Reichstagswahlen von 1924 herbeigeführten politischen Situation. Im Reichstag hatten die Rechtsparteien die unbeschnittene Mehrheit und die von ihnen gebildete Rechtsblockregierung betrachtete es als ihre Aufgabe, in erster Linie die Interessen des Besitzes sowie der Unternehmer wahrzunehmen. Das ist auch in weitestem Umfange geschehen. Wenn trotzdem der Sozialpolitische und arbeitsrechtliche Gebiete gewisse Fortschritte erzielt wurden, so nur unter dem Druck der Sozialdemokratie wie Gewerkschaften auf die Reichsmehrheit und Reichsregierung ausübten. Gleichwohl war dieser Druck nicht stark genug, um weitergehende Zugeständnisse durchzusetzen. Die Arbeitsrechtsfrage konnte so nur eine teilweise Lösung finden. Dieser Zustand kann natürlich nicht befriedigen und erweist sich als immer unhaltbarer. Es erscheint daher an der Zeit, das solange veräumte nachzuholen, die noch immer bestehende Zersplitterung des Arbeitsrechts zu beseitigen und an die Stelle des vorhandenen Provisoriums eine endgültige, übersichtliche und einheitliche Regelung zu setzen. Das den deutschen Arbeitern durch diese Reichsverfälschung versprochene einheitliche Arbeitsrecht muß endlich Wahrheit werden!

Was in dieser Richtung noch zu tun ist, darüber gibt ein in Nr. 13 des Reichsarbeitsblatts veröffentlichter Aufsatz des Ministerialdirektors beim Reichsarbeitsministerium Dr. Feig dankenswerten Aufschluss. Es ist hiernach noch eine sehr umfangreiche Arbeit zu leisten. Die arbeitsrechtlichen Begriffsbestimmungen sind zwar schon in mehreren der bisher geschaffenen Gesetze vorhanden. Ihre Vereinheitlichung kann aber erst mit dem Abschluss des begonnenen Wertes erfolgen. Dagegen herrscht über die Einrichtung der für das neue Arbeitsrecht maßgebenden Arbeitsbehörden noch keine Klarheit. Eine Anzahl solcher Arbeitsbehörden sind bereits durch das Arbeitsgerichtsgesetz, die Schlichtungsordnung, das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geschaffen sowie in dem Entwurf für das Arbeiterlohngesetz vorgesehen. In Frage steht jedoch, ob und wie weit eine Verbindung zwischen diesen Stellen oder auch mit anderen Arbeitsverwaltungsbehörden herbeigeführt werden kann, um die besonders von den Arbeitern erhobene Forderung eines einheitlichen Behördenaufbaus zu erfüllen.

Für das neue Arbeitsschutzgesetz liegt ein Entwurf vor, der im Reichsrat bereits zur Annahme gelangte und demnächst zur Veröffentlichung kommen soll. Durch die Auflösung des Reichstags wird jedoch eine erneute Beratung notwendig. Der Entwurf umfasst mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Seeschifffahrt und Luftfahrt die Gesamtheit der Arbeitnehmerkraft. Ob der Entwurf seine gegenwärtige Gestalt behalten wird, steht noch in Frage. Von Arbeiterseite wurden dagegen erhebliche Bedenken erhoben. Mit seiner Annahme werden sehr wesentliche gesetzliche Änderungen eintreten, insbesondere würde aus der Gewerbeordnung der größte Teil des Titel VII verschwinden, desgleichen die Arbeitszeitverordnung, Bäderverordnung, die Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und das Kinderschutzgesetz. Die Arbeitsbeschaffung ist Bestandteil des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geworden. Fraglich erscheint, ob diese Regelung als endgültige anzusehen ist und Bestandteil des künftigen Arbeitsgesetzbuches werden soll.

Anderes steht es mit dem Betriebsrätegesetz, das bei seiner Herinnahme in das Arbeitsgesetzbuch gewisse Änderungen erfahren muß, die ohnedies notwendig geworden sind. In dem Ausschussentwurf des Arbeitsvertragsgesetzes ist zudem eine Verallgemeinerung des Einspruchsrechts bei Kündigungen in Aussicht genommen, so daß dieser Gegenstand aus dem Betriebsvertragsrecht ausscheiden würde. Ueber das Berufsvereinsrecht liegt nur ein Vorentwurf vor. Das Tarifrecht hat in seiner gegenwärtigen Gestaltung nur eine vorläufige Regelung erfahren. Auf Grund einer Vorlage von Professor Singheimer hat das Reichsarbeitsministerium einen Entwurf ausgearbeitet, der jedoch erst behandelt werden kann, wenn die parlamentarische Behandlung des Arbeitsschutzgesetzes weiter fortgeschritten ist. Der Aufnahme des Arbeitsgerichtsgesetzes in das Arbeitsgesetzbuch stehen keine Schwierigkeiten im Wege, und sind daran wesentliche Änderungen nicht zu erwarten. Für das Schlichtungswesen und Arbeitskampfrecht hat das Reichsarbeitsministerium dem Reichstage bereits 1922 einen Entwurf vorgelegt, der heftig umstritten, nicht zur Erledigung gelangte. Inzwischen hat die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 erlassen, die zwar mancherlei Anfechtungen erfahren hat, sich aber im allgemeinen bewährte. Ein gesetzliche Regelung dürfte daher hieran wenig ändern.

Das Lehrlingsrecht wird in den für die Arbeitnehmer maßgebenden Gesetzen behandelt. Ein Gesetzentwurf über die Berufsausbildung Jugendlicher wurde zwar ausgearbeitet, doch ist es zweifelhaft geworden, ob dieser Gegenstand in das künftige Arbeitsgesetzbuch aufgenommen werden soll. Für die Neuregelung des Heimarbeiters sind gewisse Vorarbeiten getroffen; die Neufassung der gesamten Vorschriften steht aber noch aus. Ebenso sind die Erwägungen über den Ausbau des Landarbeiters sowie über die Einfügung schutzrechtlicher Vorschriften noch nicht abgeschlossen. Der vorliegende Referentenentwurf eines Bergarbeitsrechts bildet eine Ergänzung zum Arbeitsschutzgesetz und soll mit diesem zugleich erledigt werden. Eine Neufassung der Seemannsordnung und ihre Anpassung an die Arbeitsverfassung sowie Arbeitsgerichtsbarkeit befindet sich in Bearbeitung. Außerdem hat

noch die Regelung des Hausgehilfenrechts der Erledigung. Inwieweit für weitere Berufsgruppen Sonderrechte erforderlich sein werden, ist vorläufig noch nicht abzusehen und wird erst der Abschluß der allgemeinen Teile des Arbeitsgesetzbuches ergeben.

Nach dem Ausgeführten sind zwar wichtige Teile des neuen Arbeitsrechts fertiggestellt und bereits wirksam, andere nicht minder wichtige Teile dagegen noch nicht über das Stadium der Vorbereitung hinaus gediehen. Daß die hieraus entstehenden Mängel durch Verordnungen etwas gemildert werden, kann nicht genügen. Es bleiben noch genug Lücken bestehen. Dabei kommt nicht nur die Beseitigung der gegenwärtigen Zersplitterung und Unübersichtlichkeit des Arbeitsrechts, sondern auch die Vereinfachung der Verwaltung, der Ausbau des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter und ihre wirtschaftliche Gleichstellung mit den Unternehmern durch Schaffung öffentlich rechtlicher Berufsvertretungen in Frage. Der neu gewählte Reichstag wird über die Lösung dieser Aufgaben nicht hinwegkommen. Es sind fällige Wechsel, die eingelöst werden müssen. Die Zeit der Vorbereitungen für die Schaffung des neuen Arbeitsrechts hat lange genug gedauert, um fordern zu dürfen, daß sie — und zwar bald — zum Abschluß gebracht werden. Mit.

## Steinbildhauer in Köln

Köln hat als Metropole des Rheinlandes in den Nachkriegsjahren viel von sich reden gemacht. Messe-Freifeiern — Ministerbesuche — Karneval — Internationale Pressa-Ausstellung, und zwischen durch immer der Sport, gaben zu manchen Reden, Festessen, Bier- und Bowlenabenden Veranlassung. Kölner sowie auswärtige Zeitungen widmeten dem vorgenannten spaltenlange Berichte. Alle paar Tage konnte man, unter Beifügung von Abbildungen, Berichte über die Renovierungen am Kölner Dom lesen. Ebenfalls wurde sich in bezug auf die Kunstschule etwas ganz besonderes erlaubt, da die Kölner Herren fürchten, unsere Nachbarstadt Düsseldorf könnte eine Nasenlänge voraus sein. Große Ideen reifen im Kopfe unseres Oberbürgermeisters. Riesenbauten wurden geplant. Preisanschreiben verschlangen Tausende von Mark. Ganze Häuserblöcke fielen dem Abbruch zum Opfer — die Bewohner konnten schwer anderwärts untergebracht werden — riesige Bauzäune wurden errichtet und die nötigen Ausschachtungen vorgenommen. Da man sich aber über die geplanten Projekte nicht einigen konnte, wurden die Ausschachtungen wieder zugeworfen, der Boden planiert, die Baugruen abtransportiert und die freien Plätze dem Verkehr übergeben. Riesenunmen waren verpulvert, und die Steinbildhauer sahen sich wie viele andere Berufe in ihren Hoffnungen getäuscht. Schon seit einigen Jahren gähnen dem Vorübergehenden im verkehrsreichen Viertel der Stadt, an dem Hauptbahnhof, die Baustellen entgegen, wo man eine Anzahl von Wohnhäusern nebst großen Hotels niedergerissen hat, ohne daß irgend etwas vom Aufbau bemerkt wird. Auch dort sind vor Jahren viele Summen für Preisanschreiben vergeben worden. Wenn aber jemand behauptet, dem Veranstalter all dieser Pläne nebst Glaslo hätte man das Gehirn geklaut, dann ist das gefährlich, denn jeder kann einmal irren, auch noch mehr. Den Schaden zahlen die Bürger schon. Wer nun von all den Vorommnissen in unserem heiligen Köln gehört und gelesen hat, ohne von dem bösen Hineinfall etwas zu wissen, mußte in Köln ein reiches Arbeitsfeld vermuten, weshalb man es auch manchem Kollegen nicht verargen konnte, daß er im guten Glauben daran hierher kam, dann aber große Enttäuschung erlebte. Köln bietet für uns Bildhauer keine Arbeit, selbst die Weltausstellung war für uns vollständig belanglos, denn kein Steinbildhauer war dort tätig. Die Kunstgewerbeschule erhält ab und zu ein Stück Arbeit von der Stadt. Wer gehofft hatte, die Kunstschule hebe unseren Beruf, mußte die bittere Tatsache erfahren, daß Schüler der Kunstschule, die als sehr gute Kräfte anzusprechen sind, für die Hälfte des Lohnes am Dom beschäftigt waren. Wiederholt habe ich den Herrn Oberbürgermeister um eine Unterredung gebeten, um für uns Steinbildhauer irgend etwas herauszuholen, aber immer war der Herr dienstlich zu sehr überlastet. Tatsache ist auch, daß er eine ganze Anzahl preisgekrönter Wasserratten, Kanalschwimmern, Amateuren sowie Berufsweltmeister im Rapsort und dergleichen mehr empfangen mußte, denen er höchst eigenhändig das Siegertrikot überziehen hatte. Wäre die Bildhauerei als eine sportliche Betätigung anzusehen, dann hätten wir ganz sicher mit einem Empfang beim Oberbürgermeister Konrad Ubenauer rechnen können. Den geschilderten Verhältnissen entsprechend mußten die Kölner Kollegen unter allen Umständen geschlossen dastehen, um ihren Beruf zu heben und nach Möglichkeit ihre mißliche Lage zu verbessern. Aber da fehlt! Von zirka 22 Steinbildhauern — es sind noch mehr, wenn alle Ecken ausgefüllt werden, die durch die Bank nur als Gehilfen anzusehen sind — gehören nur zwei dem Steinmetzenverband an. (Vor 14 Tagen hat sich von den 10 Kollegen am Dom einer aufnehmen lassen, diese 10 sind bei den obigen 22 nicht mit einbegriffen.) Der größte Teil der Kollegen, ausgeschlossenen die am Dom, sind meist ohne Arbeit. Nur die, die ständig mit ihrer Werkzeuge für den Grabsteingeschäftigen lagern, ergattern ab und zu einen Broten. Um das Ansehen aber nicht ganz herabzubringen, möchte ich von dem Verdienst nicht reden.

Schon vor zirka 5 Jahren haben die Düsseldorfer Kollegen sich die größte Mühe gegeben, mit uns Fühlung zu nehmen, um durch gemeinsame Arbeit etwas Förderliches zu schaffen. Die Kollegen scheuten auch keine finanziellen Opfer, denn es kamen öfter 7 bis 8 Mann hierher. Ihnen allein war es zu danken, daß während der Arbeiten für die Geleise mehrere unserer Kollegen dort arbeiten konnten. Selbstverständlich hatten sich vorher auch mehrere ältere Kollegen wieder aufnehmen lassen und gaben dabei das feste Versprechen ab, fernherhin auch fest zur Sache zu halten. Aber: „Der Froch springt immer in den Fuhl, und läßt er selbst auf goldenem Stuhl.“ Raum war die Arbeit fertig, da brachen die „Getreuen“ mal wiederum ihren Schwur und fielen ab, aber nicht etwa im jugendlichen Leichtsinne, dafür sind die Kollegen, wie eingangs gesagt, schon zu alt, denn alle sind angehende Fünziger und auch schon darüber hinaus. Nur der materielle Vorteil ist leider immer im Augenblick ausschlaggebend. Gibt es irgendwas zu tun und sie möchten gerne mitarbeiten, weil sie sonst auf dem Trocknen sitzen, dann kommen sie an, lassen sich aufnehmen. Alte Jubiläumsmitglieder zeigen sich nicht so roge wie diese. Brauchen sie aber nicht mehr in den Reihen der Kollegen zu arbeiten, dann zählt man nicht mehr weiter und schert sich um nichts mehr. Bei der nächsten Gelegenheit lassen sie sich wieder aufnehmen. Zu denen, die sich schon einmal haben aufnehmen lassen, gehört ganz besonders der Kollege Jos. Mesterom. In Köln zählen ungefähr 10 Bildhauer zu den Künstlern. Hat der eine oder andere eine Steinmetzerei zu vergebend, dann geht alles auf das Stück Arbeit los, da kommen

Preise heraus, die einem das Grufeln beibringen. Dasselbe ist, wenn das Wunder passiert, daß mal an einem Neubau eine Steinbildhauerarbeit vorgesehen ist. Es wäre nun ein Irrtum anzunehmen, daß die Kollegen, die immer noch nicht den rechten Weg finden können, als Kölner anzusehen wären. Es sind meist Fremde, auch wenn sie schon länger in Köln ansässig sind. Von den Kollegen am Dom ist uns nur der Kollege Jos. Lehnhäus aus Brühl bei Köln, und der Kollege Jopinka, auch schon länger hier wohnhaft, bekannt. Alle anderen sind uns fremd, außer dem einen, der erst vor zwei Wochen aufgenommen wurde. Wir wollen hoffen, daß alle recht bald zur Einsicht kommen und sich entschließen, Mitglied des Steinmetzenverbandes zu werden, der für uns allein nur maßgebend sein kann.

## 12. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Am 4. Juni trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Gewerkschaftshaus Berlin zu seiner 12. Tagung zusammen. Der Bundesvorsitzende Leipart erstattete zunächst den Bericht des Bundesvorstandes. Er leitete seinen Bericht ein mit eingehenden Darlegungen über die durch den Ausgang der Wahlen geschaffene politische Lage. Die Wahlen haben der Sozialdemokratie einen Zuwachs an Stimmen gebracht, der sie zu der weitaus stärksten politischen Partei im Reich und in Preußen gemacht hat. Ohne sie ist die Bildung der neuen Regierung im Reich nicht möglich. In Preußen ist die Regierung Braun als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen. Die Sozialdemokratie wird sich der großen Aufgabe, die ihr durch die Wahlen zugewiesen worden ist, nicht entziehen können. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß der Einfluß der Arbeiterbewegung in der künftigen Koalitionsregierung durch den Einfluß starker Persönlichkeiten nachdrücklich zur Geltung gebracht wird.

Aus seinen weiteren Mitteilungen seien im übrigen folgende Punkte hervorgehoben: Die nächste Tagung des Bundesausschusses soll, wie bereits in Aussicht genommen, in Köln stattfinden, und zwar am 29. Juni d. J. Die Tagung soll zugleich den Bundesvertretern Gelegenheit geben, die Presse und insbesondere die eigene Ausstellung der Gewerkschaften und der Partei zu besichtigen.

Es ist geplant, eine Konferenz der den Gewerkschaften nahestehenden Gewerbeaufsichtsbeamten einzuberufen, wie schon bisher ähnliche Konferenzen für Baukontrolleure abgehalten worden sind.

Bei dem Wettbewerb, der für den Bau der Bundeschule unter einer Reihe namhafter Architekten veranstaltet worden ist, wurde bekanntlich der Entwurf des Leiters des Bauhauses Dessau, Hannes Meyer, von dem Preisgericht am höchsten bewertet und vom Bundesvorstand angenommen. Mit der Bauausführung wird in den nächsten Wochen begonnen werden. Die Grundsteinlegung soll entsprechend der großen Bedeutung der Bundeschule für das gesamte Bildungswesen der Gewerkschaften feierlich gestaltet werden. Die Gewerkschaftsjugend wird an der feierlichen Veranstaltung mitwirken.

Der bisherige Bezirkssekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt a. M., Leuschner, ist von seinem Amt zurückgetreten. An seine Stelle tritt der Kollege Gröchner, bisheriger Bezirksleiter vom Zimmerverband. Auch für den Bezirk Ostpreußen ist jetzt ein besoldeter Sekretär angestellt worden. Kollege Quallo, bisher Gauleiter des Holzarbeiterverbandes, wird sein Amt am 1. Juli d. J. antreten.

Im Anschluß an die Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes spricht Leipart über

die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses, der Anfang September d. J. in Hamburg stattfinden wird. Leipart sprach zunächst über das Hauptthema des Kongresses, das sich aus den Beratungen des Breslauer Kongresses ergibt: Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Zur Klärung des Begriffes, zur Unterlegung der konkreten Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, ist seit nahezu Jahresfrist eine besondere Kommission tätig, deren Arbeiten vor dem Abschluß stehen und im Bundesausschuss in einer späteren Sitzung vor dem Kongress zur Diskussion gestellt werden sollen.

Als zweites Thema des Kongresses schlägt der Bundesvorstand ein Referat über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften vor. Die großen Aufgaben, die den Gewerkschaften auf diesem Gebiet gestellt sind, sind nicht zu verkennen. Eine tiefgehende lebendige Bildungsarbeit ist zugleich das beste Mittel, wirksame Propaganda unter der Gewerkschaftsjugend zu betreiben. Sie ist aber überhaupt angesichts der gesteigerten Ansprüche, die an die Mitwirkung der Gewerkschaften heute gestellt werden, von übertragender Bedeutung für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung.

Als drittes Thema ist vorgesehen die Behandlung der zahlreichen Fragen, die mit der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung in Zusammenhang stehen, Fragen, mit denen sich die Gewerkschaften auf ihren Tagungen schon wiederholt beschäftigt haben.

Nach kurzer Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung einstimmig angenommen.

Zu dem Punkt der Tagesordnung: „Die Prozeßvertretung der Gewerkschaften vor den Arbeitsgerichten“

sprach der Sekretär des Bundesvorstandes, Kollege Schulze. Die den Gewerkschaften übertragene kollektive Vertretungsbefugnis vor den Arbeitsgerichten zwingt zu einer grundsätzlichen Stellungnahme. Die Gewerkschaften haben sich für eine großzügige Abgrenzung der Arbeitsgerichtsbezirke, d. h. für nicht zu kleine Bezirke, eingesetzt. Das hat eine starke Konzentration der Streitfälle bei diesen Gerichten zur Folge. Die am Streitfall beteiligten Arbeiter, insbesondere die außerhalb des Sitzes des Gerichts wohnenden, haben häufig nicht die Möglichkeit, ihr Interesse an der Prozeßführung selber wahrzunehmen. Diese Entwicklung führt zu dem Ergebnis, daß die Vertretung geschulter Prozeßvertreter der Gewerkschaften an den Hauptorten der Arbeitsgerichte und eine Konzentration der Prozeßvertretung in der Hand dieses Bauarbeiters der Gewerkschaften notwendig sind. Die kleinen örtlichen Arbeitsekretariate können die täglich stärker werdende Aufgabe nicht bewältigen; ihre Mittel und Kräfte sind zu gering. Bleibt

die Aufgabe bei den einzelnen Verbänden, dann erscheint häufig eine größere Zahl von Vertretern verschiedener Verbände gleichzeitig beim Gericht, von denen jeder die gleiche Reize zum Gerichts-ort zurücklegen muß. Das kann vermieden werden durch die Schaffung besonderer Prozessvertretungen für größere Bezirke durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Zahlreiche Einzelfälle, die sich seit dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes täglich zutragen, zeigen, wie unpraktisch das jetzt gebräuchliche Verfahren der Prozessvertretung ist. Selbstverständlich ist, daß wichtige, vor allen Dingen grundsätzliche Tarifauslegungsstreitigkeiten, von den Beauftragten der interessierten Verbände selbst vertreten werden müssen; aber diese Streitigkeiten bilden nicht die Mehrzahl der Prozessfälle. Beobachtungen, die gemacht werden konnten, lassen den Schluß zu, daß die Vertretung der Arbeitgeberinteressen bei den Arbeitsgerichten durch die Arbeitgeberverbände bereits strenger organisiert ist als bei den Gewerkschaften. Je strenger die Prozessvertretung für die Arbeiter in wenigen Händen konzentriert, um so größer ist auch die Gewähr, daß wir Spezialisten heranbilden und zur Verfügung stellen, in deren Obhut die Interessen klagender Arbeiter wohlbewahrt sind. Außerdem sind viele Gewerkschaftsangehörige Arbeitsrichter. Es führt aber zu unangenehmen Erscheinungen, wenn diese Persönlichkeiten zugleich Prozessvollmächtigte sind und einmal in dieser und ein andermal in jener Eigenschaft auftreten. Hinzu kommt die Vertretung der Interessen der Arbeitslosen aus dem Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bei den hierfür zuständigen Spruchinstanzen. Auch diese Vertretung kann einbezogen werden in eine zentralisierte Organisation der Interessenwahrnehmung, auch sie muß durch Spezialisten erfolgen.

Am zweiten Tag der Bundesausschusssitzung, am 5. Juni, wandten sich die Beratungen der Frage des Bundesbeitrages zu. Der Bundesstaatsrat Kube begründete die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bundesbeiträge.

Die Erörterung über die Vereinheitlichung der Prozessvertretung wurde in die Debatte über den Bundesbeitrag einbezogen, da sich durch die Verwirklichung der von Schulze unterbreiteten Anregungen dem ADGB und seinen Organen eine neue Aufgabe von erheblichem Ausmaß erschließen würde. Gegen die Zentralisation der Prozessvertretung wurde u. a. eingewandt, daß viele Verbände Wert darauf legen, daß sich ihre Angestellten an allen Stellen öffentlichen Lebens zeigen und bewähren. Andere Redner begrüßten den Gedanken der Vereinheitlichung der Prozessvertretung im Interesse der Verbände wie einer in unserem Sinn gelegenen Pflege des modernen Arbeitsrechts. Die Bereitstellung von Spezialisten für die Rechtsberatung und Prozessvertretung enthebt die Gewerkschaften auch dem heute vielfach bestehenden Zwang, die Prozessvertretung Rechtsanwälten zu übertragen. Die Betreuung der Mitglieder durch den Verbandsangestellten in Rechtsfragen dürfte zwar nicht völlig unterbunden werden, aber es werde möglich sein, ein gemeinsames Arbeiten der Verbandsbevollmächtigten mit den Arbeitersekretären und eine zweckmäßige Arbeitsverteilung zwischen beiden durchzuführen. Die Zahl der Arbeitersekretäre und Prozessvertreter wäre auch nie so groß, daß sie die gesamten Aufgaben der Verbände in der Rechtsberatung übernehmen könnten. Die Arbeitersekretäre wären immer genötigt, sich einen Stab von Helfern zu sichern. Jedenfalls müßte die Frage zur Debatte gestellt, sie muß aber auch in absehbarer Zeit gelöst werden.

Zur Frage der Bundesbeiträge wird angeregt, die Lehrlinge im Bunde beitragsfrei zu lassen und dadurch die Erhöhung der Beiträge für die übrigen Mitglieder etwas auszugleichen. Ferner solle der Bundesvorstand seine Aufmerksamkeit darauf richten, daß die Beistueren der Ortsgruppen zu den Gewerkschaftshäusern nicht übermäßig gesteigert werden. Es wird die Anregung gegeben, daß die Finanzierung der Bezirkssekretariate des ADGB in vollem Umfange vom Bunde aus erfolgen möge. Zur Zeit wird nur eine Hälfte der Ausgaben der Bezirksauschüsse aus der Bundeskasse, die andere Hälfte aus Beiträgen der Ortsauschüsse bestritten. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bundesbeiträge wird allgemein anerkannt. Die Debatte bezieht sich nur auf das Ausmaß der Erhöhung. Es wird auch daran erinnert, daß in einem niedrigen Bundesbeitrag für weibliche Mitglieder eine geringere Einschätzung der Kolleginnen zum Ausdruck kommt. Auf die Dauer dürfte dieser Zustand auch nicht aufrechtzuerhalten sein.

Entscheidungen wurden nicht getroffen. Die Beschlusfassung über die vom Bundesvorstand unterbreitete Vorlage für den Haushalt des ADGB, wie über die Frage der Vereinheitlichung der Prozessvertretung wird bis zur nächsten Bundesausschusssitzung vertagt. Beide Fragen werden inzwischen von den Verbandsvorständen beraten.

## Gewerkschaften, Auslandskredite und Konjunktur

Der Kampf um die Auslandskredite geht weiter. Der Reichsbankpräsident hat seine Auffassung bisher nicht geändert und ist aus währungs- und reparationspolitischen Gründen für weitere Einschränkung der Kredite. Betroffen werden von dieser Politik zur Zeit hauptsächlich die Gemeinden, die zur Rationalisierung, Verbesserung und Erweiterung ihrer Betriebe dringend finanzielle Hilfe gebrauchen. Ueber die Höhe der jetzigen Auslandsverschuldung gingen die Schätzungen weit auseinander. Daher ist es zu begrüßen, daß das Statistische Reichsamt jetzt seine Untersuchungen über die Höhe der Auslandskredite abgeschlossen hat und nunmehr ein klares Bild vorliegt. Nach den Ermittlungen dieser Reichsstelle betragen die Auslandsverschuldungen Ende 1927 4,2 Milliarden Mark. Von dieser Summe entfallen auf die

öffentlichen Körperschaften	1 187,27 Millionen
öffentlichen Unternehmungen	673,39 Millionen
privaten Unternehmungen	2 249,86 Millionen
kirchlichen Körperschaften	92,64 Millionen
<b>Summe der Anleihe-schulden:</b>	<b>4 203,16 Millionen</b>

Der Anteil der Privatwirtschaft an den Anleihe-schulden beträgt demnach rund 54 Prozent und der der öffentlichen Körperschaften, der öffentlichen Unternehmungen und der kirchlichen Körperschaften etwa 46 Prozent. Von dem Anteil der Privatwirtschaft entfallen 1/3 allein auf die Industrie. Zu den Anleihe-schulden treten noch Warentkredite, Bankkredite und Betriebskredite. Da die erforderlichen Unterlagen für diese Schulden im allgemeinen fehlen, so schätzt man diese Kredite auf 4,6 bis 5,1 Milliarden.

Diese Zahlen, nüchtern betrachtet, sind durchaus nicht so gefährdend als sie von interessierten Stellen so oft hingestellt werden. Solange das deutsche Kapital eben unzulänglich ist, die deutsche

## Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Wirtschaft zu finanzieren, bleibt kein anderer Ausweg als der der Vereinnahmung ausländischer Kredite, wenn die Wirtschaft nicht abgerüstet werden soll. Unter diesen Gesichtspunkten hat auch die Gewerkschaften stark daran interessiert, daß die jetzige Politik des Abbremsens der Auslandskredite durch die Reichsbank aufgegeben wird. Denn die Konjunkturberichte lauten nicht mehr optimistisch für die nächste Zeit. Alle Stellen der Wirtschaftsbeobachtung berichten vom Stagnieren der Konjunktur oder gar von einem leichten Absinken. Der amtliche Arbeitsmarkt charakterisiert die Lage wie folgt:

„Während die Hochspannung in einer Reihe von Wirtschaftszweigen noch unvermindert anhält, haben sich in anderen die Abschwächungsercheinungen, die schon seit einiger Zeit hier und da zu beobachten waren, neuerdings verstärkt. In erster Linie wird hiervon die Textilindustrie betroffen. Die Zurückhaltung besonders der Eisenindustrie bei Neueinstellungen deutet darauf hin, daß auch hier eine Abschwächungsercheinung vorliegen dürfte, deren Ausmaß sich noch nicht übersehen läßt.“

Nach diesem amtlichen Bericht ist der Konjunkturrückgang in den Industrien, die dem unmittelbaren Konsum dienen, stärker gewesen, als in den Produktionsmittelindustrien, in denen sich ein leichter Abstieg erst anzubahnen beginnt.

Dieses Beobachtungsergebnis kommt uns nicht überraschend. Es zeigt uns, daß die jetzt zum guten Teil abgeschlossenen Frühjahrslohnkämpfe den Arbeitern nicht die Erfolge brachten, die notwendig wären, um die Konjunktur nach aufwärts zu drängen. Es zeigt sich jetzt, wie ungenügende die Sprüche die Schlichtungsinstanzen gefällt haben. Wenn nun die innere Kaufkraft eher geringer geworden denn gewachsen ist, so ist eine Belebung der Konjunktur von dieser Seite nur zu erwarten, wenn die über eine Million Arbeitslosen wieder mit als vollgültige Käufer auftreten können, mit anderen Worten, wenn die Konjunktur trotz Rationalisierung und Arbeits-

krasteinparung so vorwärts getrieben wird, daß die Wirtschaft in die Lage versetzt wird, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess aufzunehmen.

Damit sieht es aber infolge der Kreditabdröselung der Reichsbank trübe aus, weil die Drohselungsaktion sich in erster Linie gegen die Gemeinden richtet. Denn gerade die Gemeinden wären es, die die Konjunktur weiter beleben könnten. Zahlreiche Bauprogramme der öffentlichen Körperschaften können nicht ausgeführt werden, weil es an Mitteln fehlt und ihnen der Zugang zu den Auslandskreditmärkten verweigert ist. Die Politik der Kreditperre macht sich schon äußerlich deutlich sichtbar in der Arbeitslosigkeit der Bauberufe, die in den Frühjahrsmonaten dieses Jahres erheblich größer war, denn im Vorjahre.

Behält das Reichskreditinstitut seine Politik der Auslandskrediterschwerung bei, so wird sich die Konjunkturabflauung von den Konjunkturindustrien auch bald auf die Produktionsmittelindustrie übertragen und damit die Krise dann allgemein werden. K. Z.

## 25 Jahre Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsführung

—ff. In den Tagen vom 11. bis 13. Juni findet in Dresden der Jubiläumsgenossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt, wo diese stärkste Zentralorganisation der deutschen Konsumgenossenschaften im Jahre 1903 gegründet wurde. Es ist interessant, die Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaftsführung und ihrer Erfolge von jenem Zeitraum bis zum Jahre 1928 (bzw. 31. Dezember 1927) zu verfolgen, wobei natürlich zu berücksichtigen ist, daß ein volles Jahrzehnt der Entwicklung (1914 bis 1923) durch Krieg und Inflation unfruchtbar geblieben ist, ja sogar die Bewegung mit der gesamtdeutschen Wirtschaft Ende 1923 vor das Nichts stellte, so daß erst von 1924 ab eine neue Wirtschaft- und Entwicklungsperiode datiert. Aber immerhin. Die Gegenüberstellung des Gründungsjahres mit dem letzten Geschäftsjahr 1927 zeigt eine überraschende Lebens- und Entwicklungskraft der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft.

Die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften betrug im Jubiläumsschlusssjahr 1927: 1086 mit 2 909 969 Mitgliederfamilien (1903: 666 und 573 085 Mitglieder), der Warenumsatz 1927: 881 109 422 Mark (1903: 131 788 107 Mk.) und der Durchschnitt pro Familie 1927: 302 Mark (230 Mark). Der Umsatz ist also wesentlich stärker gestiegen als die Mitgliederzahl. Von ganz besonderem Interesse ist die Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion. Sie betrug im Jahre 1927: 241,02 Millionen Mark (1903: 12,71 Millionen Mark). Die zwanzigfache Steigerung der Warenerzeugung in eigenen Betrieben zeigt mehr als alles andere die starke volkswirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften und man kann sich ungefähr vorstellen, was auf diesem Gebiete an Leistung herausgekommen wäre, wenn man nicht die Jahre 1914 bis 1923 als Passivum zu buchen hätte. Aber man kann sich auch vorstellen, was in weiteren 25 Jahren ungeförter Entwicklung die Konsumgenossenschaften in der Volkswirtschaft auf dem Gebiete der Nahrungsmittelherzeugung leisten werden.

Das eigene Betriebskapital der Mitglieder, mit welchem der gewaltig gestiegene Warenumsatz usw. bewältigt werden mußte, betrug im Jahre 1927: 39,44 Millionen Mark (1913: 11,84 Mill. Mark). Man sieht, daß die eigenen Betriebsmittel nur um das Dreieinhalbfache gestiegen sind, gegenüber einem Anziehen der Umsätze um das 6 1/2fache. Wobei noch zu beachten ist, daß in den 39,44 Millionen Mark Betriebsmitteln rund 12 Millionen Mark Aufwertungsbeträge stecken, mit denen die Genossenschaften durch die Inflation belastet worden sind.

Der Reinertrag mit Rabattguthaben, also der direkte Wirtschaftsnutzen für die Mitglieder betrug im Jahre 1927: 40,50 Mill. Mark (1903: 14,55 Millionen Mark). Daraus ergibt sich eine Verzinsung der Betriebsmittel um über hundert Prozent, welche allerdings im Jahre 1903 noch wesentlich höher war. Außerdem liegt es ja in der Hand der Mitglieder, durch die Steigerung ihrer Warenumsätze diesen Wirtschaftsnutzen wesentlich zu erhöhen. Es ist für die 25 Geschäftsjahre auf mindestens 1 Milliarde Mark zu berechnen, aber was durch das Bestehen der Konsumgenossenschaften infolge der Regulierung der Warenpreise den Verbrauchern erspart wurde, ist mit dem zehnfachen Betrag nicht zu hoch gegriffen.

Den Verbrauchermillionen des deutschen Volkes kann im Jubiläumsjahre des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nur empfohlen werden, diese wirtschaftliche Selbsthilfeorganisation weiter auszubauen. Denn sie bildet neben allem anderen eine wichtige Waffe im Kampf mit Industrie- und Handelsartikeln, die ihre Profite auf Kosten der Verbraucher einheimen.

## Steinbildhauerei und Denkmalsrummel

Steinbildhauer (Selbständige sind hier vor allem gemeint. Red. d. St.) sind sehr besinnliche Leute, die nicht gern Streit aufnehmen. Als man vor dem Kriege über Denkmalsrummel schimpfte, hatte die Steinbildhauerei keine Presse, die für sie eingetreten wäre, nach dem Kriege war das Steinmetzenhandwerk dann plötzlich brotlos, weil es damals bei rechter Zeit einem öffentlichen Streit über Zweck und Nutzen des Denkmalsbaues aus dem Wege gegangen war. — Und jetzt, kaum daß die erste Not der Beschäftigungslosigkeit überwunden ist, hört man schon wieder über Denkmalsrummel schimpfen. Da möchten wir an dieser Stelle etwas sagen, was die Steinbildhauer öffentlich durch die Presse erwidern sollten, wenn ihnen in Stadtverordneten-sitzungen oder in der Presse Schimpferei zu Gehör kommt.

Daß man liebe Angehörige oder hervorragende Persönlichkeiten in Erinnerung behält, ist etwas ganz Natürliches, und wenn man es so tut, daß auch kommende Generationen sich ihrer noch erinnern, dann wird wie von selbst ein Denkstein daraus. Das hängt ganz eng mit dem Totenkult zusammen, den von alters her die Völker getrieben haben. Je höher ein Volk entwickelt war, um so größere Wirkung hatten seine Denkmäler. Dabei war freilich früher die Entwicklung nur zeitgemäß, wie es die Pharaonengräber, die Götzenbilder Chinas und die Totems Mexikos erkennen lassen. Es hatte jedes Volk seine eigene Entwicklungsstufe, wie es auch seinen eigenen Interessenbereich hatte, aber die Völker weitesterten daran, und so ist der Totenkult von alters her die erste Bildungsschule der Völker gewesen, so haben sie mit ihm Werte der Steinbau- und Bildhauerkunst hervorgebracht, über die noch Jahrtausende staunen werden.

Der Steinbildhauer auf seinem Werkplatze ist auch heute noch Glied dieser Kultbildung, die zwar augenscheinlich nur handwerkertliches Gleichmaß darstellt und dennoch immer an den Stufen der Entwicklungsbewegung steht. Diese ist fließend, niemals mit einem Schläge ändernd und hervorbringend, sondern ganz allmählich überleitend. Daraus wird, was die Historiker Epoche und was die Künstler Stil nennen. Eine Epoche nach der anderen und ein Stil nach dem anderen, und mit ihnen gemeinsam im Wandel die Gesichtsmaße eines ganzen Volkes. So hat jedes Volk in der Epoche, die es erlebte, Erinnerungszeichen hervorgebracht, die nicht mehr nur die geehrte Persönlichkeit, sondern die ganze Kunstentwicklung des Volkes und das Volk selbst unvergänglich machen. Justinians, Hagia, Sofia in Konstantinopel, Karls d. Gr. Dom zu Aachen, Leo X. Peterskirche in Rom sind solche Zeichen, die vom ganzen Volke zeugen.

Mit den Denkmalsgegnern sich herumstreiten kann Politik werden, denn Denkmalskunst ist Nationalitätssache, und wer über Denkmalsrummel schimpft, hat gemeinlich wenig Nationalität. Man kann ihnen aber entgegenhalten, was wohl aus unserer Baukunst geworden wäre, hätten wir nicht den Kurfürsten von Brandenburg oder in Sachsen August den Starken gehabt. Nur wenn solche Köpfe Arbeit aus dem Boden stampften, hatten die Völker Wohlstand. Selbst Peter d. Gr. und Ludwig XIV. dürfen hierbei nicht vergessen werden. Gerade die Nachkriegszeit mit ihren ver-

änderten Anschauungen hat es uns gelehrt, wie sehr Künstler und Kunsthandwerk leiden müssen, wenn man ein ganzes großes Betätigungsfeld plötzlich brach legt.

Nach dieser Notzeit war das Volk einsichtiger als seine politischen Heroen und gab Aufträge für Kriegerdenkmäler und Grabdenksteine, und heute herrscht in den Bildhauerateliers wieder Betriebsamkeit.

Betriebsamkeit überall. Wie nach dem Verfall des Silberbergbaues, um der Not zu wehren, eine Frau die Kunst des Klüppelns aus Brabant als einen noch heute schwungvoll betriebenen Erwerbszweig in Annaberg einführte, so hat eine Frau in der Normandie einen Delikatesskaffee erfunden, den Camembert, der auch in der einfachsten Speisewirtschaft die Speisefolge beschließt und hat damit ihrer Heimat einen Erwerbszweig geschaffen. Und wie man jener Annabergerin ein Denkmal gesetzt hat, so jetzt man jetzt auch auf dem Marktplatze von Vimontiers jener Französin ein Denkmal, und der frühere Ministerpräsident Millerand wird die Weisheit dabei halten. — Ist das Denkmalsrummel? Ist es nicht vielmehr die schöne Regung des Volkscharakters, Persönlichkeiten zu ehren, die ganzen Gegenden Wohlthaten gewesen sind? In Annaberg ist die Porzellanindustrie geworden. In Vimontiers-Camembert ist die Käseerei ebenfalls Exportindustrie. Und an den Denkmälern (in Annaberg eine Gruppe, in Vimontiers eine Statue) betätigen sich Kunstfönn und Gewerbetreibende, letzterer vielleicht sogar mit den Händen derer, die über Denkmalsrummel schimpfen. Man kann sagen: spotten ihrer selbst und wissen es nicht.

Aus „Ratgeber der Kunststetindustrie“.

## Wo verlebe ich meine Ferien?

Wenn noch vor wenigen Jahren das Reisen und „In-die-Ferien-gehen“ fast ausschließlich Privilegium der besitzenden Klasse war, so haben sich heute die Verhältnisse ganz und gar gewandelt. Zwar muß der Arbeiter mit seiner Gewerkschaft auch noch heute schwer um die Berechtigung seiner Ferien kämpfen und können auch die wenigen Ferientage, die ihm heute zustehen, als genügend für Ruhe und Erholung nicht angesehen werden, aber — und das ist das Erreuliche — er ist doch wenigstens in der Lage, seine fernen Ferientage außerhalb der Großstadtmauern zu verbringen zu können. Früher, als der Proletarier auf seinen Wanderungen fast ausschließlich auf die teuren Wirts- und Gasthäuser angewiesen war, war es ihm sehr schwer möglich. Heute ist es anders, durch mühe- und opferreiche Arbeit des Touristenvereins Die Naturfreunde, der internationalen Wanderorganisation der Arbeiterschaft, wurden in den schönsten Gegenden Deutschlands Unterkunfts- und Ferienheime erstellt, die nicht nur den Mitgliedern der Naturfreunde, sondern zu überaus günstigen Bedingungen auch allen gewerkschaftlich, politisch und genossenschaftlich Organisierten und deren Angehörigen zu Unterkunft und Ferienaufenthalt offenstehen.

Innerhalb der Grenzen Sachsens, das ja überaus herrliche Wandergebiete aufzuweisen hat — wir erinnern an die Sächsische Schweiz, das Erzgebirge, Vogtland und die Lausitz — besitzt heute der Naturfreundegau Sachsen 14 Naturfreundehäuser, von denen

sich die nachfolgend genannten vier Heime ganz besonders zum Ferienaufenthalt eignen:

Naturfreundehaus am Zirkelstein bei Schöna (Sächsische Schweiz). Anmeldung an Fritz Kaden, Dresden-N., Amalienstr. 20, Laden.

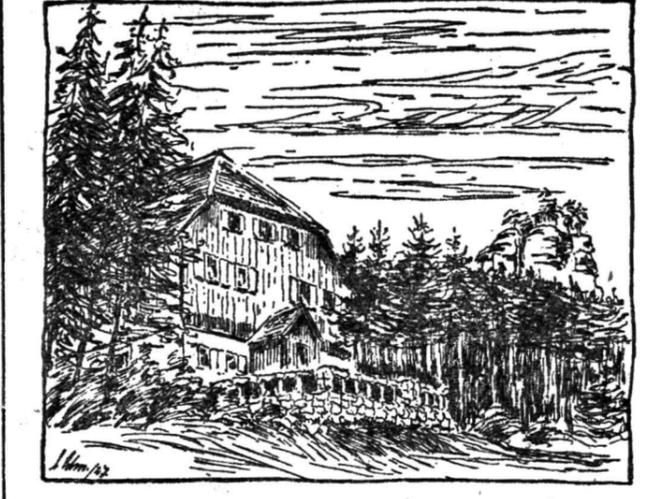
Naturfreundehaus Königstein (am Fuße des Vitzthumssteines, Sächsische Schweiz). Anmeldung an Paul Friedemann, Pirna-Copitz, Schulstraße 11.

Naturfreundehaus am Baltenberg bei Oberneukirch (Lausitz). Anmeldung an Hauswart M. Lippold, Oberneukirch i. Sa., Naturfreundehaus.

Naturfreundehaus bei Großsteinberg (bei Grimma i. Sa.). Anmeldung an Fr. Schmidt, Leipzig, O 28, Ewaldstraße 15.

Anmeldungen für Ferienaufenthalt sende man stets nur an obige Adressen, während die Wanderauskunftsstelle des Gauces, Dresden-N., Rixenbergstraße 4, Erdgesch. jederzeit weitere Auskunft und Ratsschläge über Ferienfahrten, Wandergebiete und Reisen kostenlos erteilt.

Wir bringen heute Bilder von einigen dieser Naturfreundehäuser und hoffen, daß unsere Zeilen und Bilder recht vielen ein Ansporn werden, zu Ferienzeiten der Enge, dem Lärm und dem Staub der Großstadt zu entfliehen und in einem der zahlreichen Naturfreundehäuser die Gastfreundschaft der Naturfreunde in Anspruch zu nehmen.



Naturfreundehaus am Zirkelstein, Bahnstation Schöna-Bernsdorfer (Linie Dresden-Bodenbach). Unterkunft für 150 Personen, drei Schlafsäle, zehn Zimmer, zwei Aufenthaltsräume, Wäsch- und Badräume, Terrasse mit herrlicher Fernsicht. Bester Stützpunkt zu Wanderungen nach den Erzgebirgen, Großer Winterberg, Hoher Schneeberg, Freibitztor, Edmundsflamme, Wilde Klamm usw.



**Gesperzt.**

1. Gau (NW): Die gesamten Baustellen der Firmen R. Schöning in Krummsee und Chr. Wöschmann-Neumünster, im Stadt- und Landesverband Eutin, Landesteil Odenburg-Lübeck sind für Steinseher, Kammer usw. gesperrt. Beide Firmen weigern sich, den bestehenden Tarifvertrag für Lübeck, Eutin-Lauenburg für das Steinseher- und Straßenbaugewerbe anzuerkennen.

4. Gau: Die Tiefbaufirma Dahler und der Steinsehbetrieb Richard Pöschig in Altenburg.

5. Gau: Köln bleibt für Marmorarbeiter gesperrt, weil nach dem längeren, aber erfolgreichen Streik noch nicht alles wieder eingestellt werden konnte. — In Detmold die Grabsteinfirma Hugo Meier. — Im Bereich der Zahlstelle Westhofen der Steinbruch R. Lützenburg-Hohensyburg.

6. Gau: Odenwaldgebiet (Berkstein- und Pfistersteingruppe). Der Verband der Granit-Industriellen hat seine Anträge auf Abänderung einzelner Tarifpositionen noch nicht fallen lassen, trotzdem sie teilweise mit den Bestimmungen des Bezirksstarifs in Widerspruch stehen; 170 Kollegen wurde das Arbeitsverhältnis bereits mit der Begründung „Arbeitsmangel“ gekündigt. Zugang hat zu unterbleiben!

7. Gau: In München sämtliche Steinsehbetriebe.

**Streik:**

1. Gau (NW): In Kiel Steinseher, Kammer und Steinschläger.

9. Gau: In Friedberg, Bad Nauheim und Umgeb. soll den Steinmehren ein Akkordtarif aufgezwungen werden. Deshalb dort Streik.

**Gelebigt: Der Streik in Halle (Firma Gellert).**

Notizen in vorstehenden Rubriken werden nur dann weiterveröffentlicht, wenn der Redaktion mindestens zweiwöchentlich Mitteilung zugeht über den Verlauf. Notizen „bis auf Widerruf“ gibt's nicht für die Redaktion.

**Die Gefahren der Steinbrucharbeit.** Am 2. Juni ereignete sich in dem Steinbruch des Hermannwerkes in Großsteinberg bei Grimma i. Sa. ein schweres Unglück. Infolge vorzeitigen Losgehens eines Sprengschusses wurden unsere Verbandsmitglieder, die Schichtmeister Paul Jänker, 53 Jahre alt, und Kurt Freitag, 27 Jahre alt, von den herabstürzenden Gesteinsmassen mit fortgerissen und erschlagen.

Wie das schreckliche Unglück passieren konnte, wird wohl nie aufgeklärt werden können, denn die es wissen, sind ein Opfer der gefährlichen Arbeit geworden, wurden zermalmt. Zur Freilegung der Bergschichten war aus dem nahen Grimma ein Hilfskommando der Reichwehr sehr schnell zur Stelle, das in circa zwei Stunden die Aufräumarbeiten bewältigte und die Verunglückten nur als tote bergen konnte.

Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am 4. Juni im Steinbruch Schönbach der Firma Kumpff u. Co. in Löbau. Als durch einen Sprengschuß ein Steinblock von circa 5000 Zentnern Gewicht vom Felsen losgelöst werden sollte, wurde ein zwei Zentner schweres Stück dem 71 Jahre alten Kollegen Karl Müller an den Kopf geschleudert, so daß der alte Mann, der einen schweren Schädelbruch und Armbrüche erlitt, sofort tot war. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. — Es wird einer strengen Untersuchung bedürfen, ob bei der Sprengung so gewaltiger Steinmassen auch alle Vorsichtsmaßnahmen angewendet worden sind.

**Kamenz.** Die Firma Max Vietzker, Bernburg an der Saale hatte im Jahre 1927 den der Stadt gehörigen Granitbruch gepachtet; wahrscheinlich in dem Glauben, einen mühelosen Gewinn auf Kosten unserer Kollegen einheimen zu können. Da das Gestein nicht so leicht zu gewinnen ist, sind durch Sprengungen schlechte Stücke geworden, für deren Verarbeitung die Kollegen selbstverständlich einen prozentualen Zuschlag zum Tariflohn erhalten. Der Betrieb soll nach Angabe der Firma nicht nur keinen Ueberschuß bringen, sondern es soll sogar noch ein Zuschuß erforderlich sein. Möglich wäre es, denn in einem Betriebe neben 34 Arbeitern einen Betriebsleiter, einen Bruchmeister und einen Platzmeister zu be-

schäftigen, ist ein bißchen viel an unproduktiven Kräften, besonders wenn deren Anordnungen nicht allzu sehr von Sach- und Fachkenntnissen getrieben sind. Der Betrieb ist zur Stilllegung angemeldet, und da der Betriebsleiter sich schon einmal äußerte, daß er mit bayrischen Kollegen besser auskommen wäre als wie mit den hiesigen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Firma vielleicht nach der Stilllegung auswärtige Kollegen für diesen Betrieb anzuwerben versucht. Wenn ein derartiges Angebot gemacht wird, der erinnere sich an diese warnenden Zeilen.

**Gau 5 (Steinseher).** Am 1. Pfingstfeiertage hatte die Gauleitung sämtliche Zahlstellen der Kreise Summersbach und Waldbröl zu einer Konferenz zusammengerufen. Vertreten waren: Edenhagen (Konferenzort), Wildbergerhütte, Odenpiel, Morsbach und Waldbröl. Ferner waren anwesend die Kollegen Gante und Lenz. Zum Leiter der Konferenz wurde der Kollege Schneider, zum Schriftführer Kollege Gelhausen gewählt. Zur Tagesordnung standen: 1. Die Tätigkeit unserer Organisation in den letzten Jahren, 2. Organisation und Agitation im Oberbergischen Gebiet.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung sprach Gauleiter Gante und führte aus: Er sei den Mitgliedern darüber Rechenschaft schuldig, was durch die Organisation seit seiner Amtszeit getan und erreicht worden sei, wie sie im Interesse der Kollegen gewirkt habe auf allen für sie in Frage kommenden Gebieten. Gerade in dem Oberbergischen Gebiete, wo wir mit einer Zahl Berufsangehörigen von 700 zu rechnen haben, von denen aber bisher nur rund 150 dem Verbands angehören, ist es dringend notwendig, Aufklärung über das Wirken des Berufsverbandes zu schaffen. Wie bitter wenig Verständnis diese große Schaar von dem Aufgabengebiet einer wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeiter habe, zeigten die Äußerungen vieler Unorganisirter, woraus zu schließen sei, daß auf dem Gebiete der Tarifgestaltung und aller damit zusammenhängenden Fragen eine erschreckende Unkenntnis vorhanden sein müßte. Die Erkenntnis, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen heute ohne Ausnahme durch die Organisationen beider Parteien erfolge und Vorteile oder Nachteile sich stets aus dem Stärkerenhältnis der einen oder anderen Partei ergäben, fehle ganz und gar. Diese Erkenntnis sei aber die elementarste Grundlage für jedes Verbandsmitglied. Hier müsse der Hebel angelegt werden, wenn der feine Boden mit Erfolg beackert werden soll. Er schildert kurz den allgemeinen Niedergang unseres Mitgliederbestandes im Gau in den Jahren 1925/26 und sagt, daß gerade sich in dieser Zeit der Aufbau der Arbeiterorganisationen und die Konzentrierung zu einem Verbands, der heute schon sieben Zehntel von ganz Rheinland und Westfalen umfasse, vollzogen habe. Diese Vorgänge hätten logischerweise eine Zusammenballung auf unserer Seite zur Folge haben müssen. An der Erkenntnis dieser Notwendigkeit habe es gefehlt, und gerade in diesen beiden Kreisen fehle sie auch heute zum Teil noch. Es sei heute nicht die Zeit dafür vorhanden, alle Gebiete, auf denen die Organisation wirkt, hinreichend zu erschöpfen, aber das Gebiet der Lohnpolitik müsse ausreichend behandelt werden. Im Jahre 1926 sei der Arbeitgeberverband zum ersten Male an die Organisation herangetreten, um, analog der Lohnreduzierung im Baugewerbe, auch in unserem Gewerbe den Tariflohn um 5 Pfg. pro Stunde herabzusetzen. Ohne die intensive Arbeit der Organisation sei es wohl kaum möglich gewesen, den Abbaufimmel den Arbeitgeberern aus den Köpfen zu treiben. Ohne Organisation wäre aber auch die Reduzierung zur Lastge worden, was zur Folge hatte, daß das wöchentliche Einkommen für 2000 Kollegen im Bereiche des Bezirksstarifvertrages um 4400 Mark gesenkt wurde. Die Verteuerung der Lebenshaltung bis Ende 1926 habe die Erhöhung der Löhne unbedingt erforderlich gemacht. Die eingeleitete Bewegung habe mit einer durchschnittlichen Aufbesserung der Löhne um 9 Pfg. pro Stunde geendet, was den wöchentlichen Mehrerwerb für 2000 Berufsangehörige um 8640 Mark gesteigert hätte. Bis zum Ablauf des Jahres 1927 war bereits wiederum eine erhebliche Verteuerung eingetreten, die eine weitere Erhöhung der Löhne bedingte. Wenn auch unseren Wünschen nicht voll und ganz Rechnung getragen worden sei, so habe doch eine Verbesserung der Löhne um rund 10 Pfg. die Stunde stattgefunden, was eine Steigerung für die in Frage kommenden Kollegen um 9600 Mark zur Folge hatte. Bedenke man weiter, daß es bisher gelungen sei, die Wohlfahrtszulage zu halten, die durchschnittlich 3 Pfg. pro Stunde beträgt bei Annahme von 40 Wochen Beschäftigung im Jahre, für diese 2000 Kollegen eine runde Summe von 115 200 Mark ergebe, so müßte doch letzten Endes jedem Unorganisierten klar werden, welche Aufgaben der Verband für die Mitglieder zu erfüllen hat und weiter aber auch erfüllen kann, wenn alles reiflos erfährt sei. Schwere Opfer hätten die organisierten Kollegen bisher gebracht, und sie seien nicht umsonst gewesen, das beweisen ja die Zahlen. Teilgenommen an den Fruchten hätten alle im Berufe Tätigen, und das sei die moralische Unwürdigkeit, dessen sich ein Unorganisierte schämen müßte.

In der Diskussion fanden diese Ausführungen volles Verständnis, und es ist zu hoffen, daß der ausgestreute Samen auch Früchte bringt.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung führte der Kollege Gelhausen aus, daß es unbedingt nötig ist, einen innigeren Kontakt mit dem Verbands herzustellen, was sich aber nur ermöglichen lasse durch die Anstellung eines Bezirksleiters. Die hier in Frage kommende Zahl von 700 Berufsangehörigen, die auf eine große Anzahl Ortschaften, die weit zerstreut liegen, verteilt sind, seien unmöglich ohne ständige Hilfe der Organisation zuzuführen und zu erhalten. Es müsse deshalb ein Weg gefunden werden, der es ermöglichte, den Organisationsgedanken lebendiger zu gestalten.

Kollege Gante sagte dazu: Dem Gedankengange des Kollegen Gelhausen könne man nur zustimmen, und der Schritt sei auch nicht allzu schwer, da ja im Gebiet bereits Kollege Lenz als Bezirksleiter tätig ist. Würde nun Lenz unsere Kollegen zu seinem Bezirk übernehmen, so sei die Gewähr dafür gegeben, daß Wandel geschaffen würde. Die Mehrzahl aller hiesigen Einwohner gehörten zur Steinindustrie, und bei geschlossener Organisation und zielbewusster Führung sei die Wahrung der Interessen nach allen Seiten sichergestellt. Kollege Lenz besitze bereits einige wichtige Posten und bestrebe auch die erforderliche Erfahrung auf allen Gebieten. Durch die Teilnahme des Kollegen an allen wichtigen Verhandlungen sei auch die dauernde Information über die Vorgänge sichergestellt. Kollege Lenz führte aus, daß er sich der mühevollen Arbeit unterziehen wolle und zunächst einmal durch intensive Agitation den Aufbau der Organisation vorzunehmen. Es müsse hier besonders Kleinarbeit geleistet werden. Zur Deckung der Unkosten seien bisher pro verkaufte Beitragsmarke 5 Pfg. an die Bezirkskasse abgeführt. Die Konferenz beschloß schließlich, in dem vorgetragenen Sinne zu verfahren und vom zweiten Quartal ab einen Beitrag von der vorgeschlagenen Höhe an die Bezirkskasse abzuführen.

**Hohburg.** Eine am 23. Mai nach Arbeitsluß einberufene Zahlstellenversammlung in Ködnitz stand leider im Zeichen der Interessenlosigkeit eines großen Teiles der Mitglieder. Von 800 Mitgliedern waren knapp 200 anwesend. Wir müssen leider feststellen, daß gerade jene Kollegen, die im Betriebe und in der Kantine, hinter den vollen Biergläsern, an den Funktionären und der Organisation kritisieren, nicht den Mut aufbringen, eine solche Versammlung zu besuchen und sich Aufklärung zu holen, trotzdem darauf hingewiesen war, daß Kollege Siebold anwesend sei. Das Verhalten dieser Kollegen muß als organisationsgefährdend bezeichnet werden. Von den Betriebsräten usw. wird die Durchführung von Anträgen gefordert, ohne zu bedenken, daß die Stöckkraft der Organisation nur in der Geschlossenheit liegt. Wenn nicht auch die Funktionäre der Arbeitsfreundschaft verlieren sollen, müssen die Mitglieder schon für Besserung sorgen. Beschlossen wird der Antrag der Zahlstelle: 20 Prozent Lohnreduzierung auf den Akkord und 25 Prozent auf den Tagelohn zu fordern und der Lohnkommission zu überweisen. Zu den Extrabeiträgen erklärte der Vorsitzende, daß die Bezahlung eine Selbstverständlichkeit ist, die Zahlungsweise soll aber den Kollegen nach Möglichkeit erleichtert werden. Ganz besonders wendet

er sich gegen das unfinnige Gerücht, die Zentrale habe 1 Million Mark in ein Fahrradunternehmen gesteckt und nunmehr eingebüßt. Kollege Siebold stellte diese Sache ebenfalls klar und bedauerte auf tiefste, daß eine solche plumpe Verleumdung in einer guten und alten Zahlstelle auftauchen konnte, ohne daß den Verleumdern ihr Verleumdungshandwerk energig unterbunden wird. Er schilberte den Zusammenhang zwischen Steinarbeiterverband, DGB, Arbeiterbank und Vindarwerten. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß man nichts gegen dieses Arbeiterunternehmen hat, aber als Mitglieder des N.A.B. S. eine andere Meinung gegenüber diesem Konkurrenzunternehmen des Fahrradbaues „Grüsch auf“ haben kann. Anschließend gab der Vorsitzende einen Bericht von der Kartellfestung in Würzen und nahm Stellung zu den Vorwürfen, die betr. der Maifeier ihm gegenüber erhoben wurden. Ferner ersuchte der Vorsitzende um eine rege Beteiligung an der Fahrt nach Demitz-Thurnitz. Bezugnehmend auf ein Bild in der technischen Beilage des „Steinarbeiter“, ersucht Siebold die Anwesenden, sich nicht gegenseitig im Interesse des Unternehmers auszuspielen zu lassen, er unterstreicht den Standpunkt des Kollegen Siebold, daß Menschenleben höher gelten müssen als ein Unternehmen. Mit einfacher Mehrheit wurde folgender Antrag der Belegschaft Holzberg angenommen: Die heutige Versammlung wolle beschließen: Zentralvorstand und Prekominmission werden ersucht, dem Schriftleiter, Kollegen Siebold, zu verbieten, künftig politische Artikel irgendeiner Parteirichtung zu veröffentlichen. Sollte das der Schriftleiter trotzdem tun, so hat er die Raumpalte aus eigenen Mitteln selbst zu tragen und an die Verbandskasse abzuführen. — Wir können feststellen, daß die Versammlung in sachlicher und anregender Weise getagt hat und hoffen, daß öfter solche Zahlstellenversammlungen im Interesse der Mitglieder stattfinden werden. Der vorgelesene Vortrag des Kollegen Siebold wird in einer späteren Beilage gehalten, denn mit der geschilberten Aussprache wurde die Tagesordnung ausgefüllt.

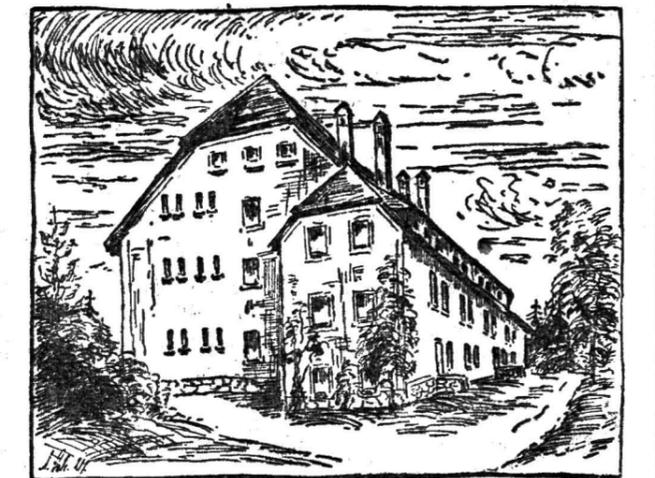
**Bezirkskonferenz Dornap-Wülfrath.** Am Sonntag, dem 3. Juni, fand die diesjährige Bezirkskonferenz des Kalksteinbezirks in Elberfeld-Barmen im Gewerkschaftshaus statt. Erschienen waren 13 Delegierte aus 12 Zahlstellen; fünf Zahlstellen hatten keine Delegierten entsandt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Bezirksleiter, Koll. Egger, einen eingehenden Bericht über die Arbeit und Kassenverhältnisse des verfloffenen Jahres im Bezirk. Er führte aus, daß, nachdem Anfang des Jahres 1927 auch in der Kalkindustrie eine bessere Konjunktur einsetzte, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedeutend gebessert werden konnten. Die Löhne konnten seit diesem Zeitpunkt um durchschnittlich 13 Pfg. pro Stunde, aber um 23 Prozent erhöht werden. Besonders hervorzuheben ist, daß es möglich war, das veraltete System, das Bezahlen von Bohrlöh und Dynamit durch die Steinbrecher, abzuschaffen, wodurch einesteils die Möglichkeit gegeben sei, die sich immer noch in Fluktuation befindliche Kalkarbeiterschaft bodenständig zu machen, weil ihnen jetzt ein sicherer Verdienst garantiert ist. Die Arbeitszeit, die nach der Inflation auf 57 Stunden festgesetzt wurde, konnte durch die gewerkschaftliche Arbeit wieder auf 52 Stunden pro Woche reduziert werden. Auch für die im Zweischichtensystem Beschäftigten konnte die wöchentliche Arbeitszeit um 3 Stunden verringert werden. Egger betonte, daß nun auch die Unternehmer nicht mehr daran zweifeln, daß die Gewerkschaften alles daran setzen werden, den Achtstundentag überall wieder durchzuführen. Egger sprach die Hoffnung aus, daß die neugubildende Regierung alles daran setze, eine Arbeitszeitverordnung zu schaffen, die der Arbeiterchaft den starren Achtstundentag sichert. Auch im Rahmenarbeitsvertrag für die Kalkindustrie konnten Verbesserungen von grundsätzlicher Bedeutung geschaffen werden, so in Beziehung von Urlaub, sozialen Fragen usw. Für die dem Bezirk angeschlossenen Pflasterstein- und Schotterbetriebe konnte wieder ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, nachdem dort seit 1924 ein tarifloser Zustand herrschte. Kollege Egger brachte nachdrücklich zum Ausdruck, daß dieser Fortschritt nur möglich gewesen sei, indem die bessere Wirtschaftslage in der Industrie auch unter den Kollegen ein lebhafteres Interesse für die Organisation ausgelöst hätte. Es stimmt durchaus nicht, daß Arbeitslosigkeit und schlechte Wirtschaftslage die Kollegen zur Vernunft brächten. Es sei eine Tatsache, daß gerade im Jahre 1927 die durchschnittliche Mitgliederzahl in der Kalkindustrie gegenüber 1926 um 200 erhöht werden konnte. 10 000 Beiträge wurden mehr geleistet als im Jahre 1926. Hierdurch haben sich die Kassenverhältnisse wesentlich gebessert. Es konnten rund 400 Prozent Bargeld mehr an die Zentrale abgeführt werden, trotz erhöhter Ausgaben; die Einnahmen für die Zentrale sind gegenüber dem Vorjahre um 100 Prozent gestiegen. Auch die Bezirkseinnahmen und -ausgaben balancieren. In der Debatte woran sich mehrere Kollegen beteiligten, wurde die Tätigkeit der Bezirksleitung anerkannt und gutgeheißen. Einige Differenzen bezüglich Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage ver sprach der Bezirksleiter durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, evtl. durch das Tarifamt klären zu lassen. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde der Bezirksleiter Egger ohne Widerspruch einstimmig wiedergewählt. Der Bezirksvorstand wurde vollständig neu gewählt, und zwar die Kollegen Fuchs, Wülfrath, Klume, Hofermühle und Kemus, Gruitzen. Unter Punkt Beschriebenes wurde von Koll. Egger nochmals auf die vom Zentralvorstand infolge des schließlichen Granitarbeiterstreiks ausgesprochenen Extrabeiträge hingewiesen. Die Delegierten faßten den Beschluß, sich dafür einzusetzen, daß im Laufe des zweiten Quartals die Beiträge abgeführt werden müssen. Ferner wurde unter Punkt Beschriebenes insbesondere von den Delegierten der außerhalb liegenden Zahlstellen verlangt, daß bei der Zentrale die Genehmigung nachgesucht werden soll, den Bezirksleiter mit einem Motorrade auszurüsten. Infolge des weitaufgehenden Bezirks, schlechter Bahnverbindung nach einem Teil der Zahlstellen konnte hierdurch Zeit und Geld gespart werden. Auch wäre dann die Gewähr gegeben, daß der Bezirksleiter mehr die Betriebe aufsuchen könnte. Der Kollege Egger wurde beauftragt, sich deshalb mit der Zentrale in Verbindung zu setzen. Am Schluß der Konferenz wurde vom Versammlungsleiter betont, daß das Jahr 1928 weitere Fortschritte bringen müsse, das gesteckte Ziel, die gesamte Kalksteinarbeiterschaft dem Zentralverband der Steinarbeiter zuzuführen, sei beizubehalten noch nicht erreicht, er forderte alle Delegierten zur Mitarbeit auf.

**Baumholder.** Verband der Granit- und Schleifereien (Sitz Karlsruhe) und Saargängerunterstützung. Zu einer mehr als merkwürdigen Handlung ließ sich genannte Vereinigung von einem ihrer Mitglieder bewegen. Seit 1920 arbeitet ein Teil der Kollegen von Baumholder in Lothringen und im Saargebiet. Grund: Bis 1925 waren die Verdienstmöglichkeiten in dem Werk des bekannten Paul Burger derart elend, daß Zugewanderte teilweise nur mit behördlicher und privater Unterstützung dem Betrieb Burger wieder enttrinnen konnten. Mitte 1925, als die wunderbare fachmännische Leitung allmählich derartige Zustände gezeitigt hatte, daß sich die Spähen von den Dächern allerlei Geheimnisse aufhingen, griff Burger zu einem Tarifabschluß als Rettungsanker, und zwar mit dem bislang so mühsam bekämpften Verband der Steinarbeiter, um wieder gute Facharbeiter zur Erhaltung seines Betriebes zu bekommen. Wer aber glaubte, es hätte sich etwa geändert, der irrte gewaltig. Janz und Streit über die einfachsten Bestimmungen des Tarifes waren und sind heute noch an der Tagesordnung. Zahllos sind die Fälle, in denen die Kollegen, des elsthaften Streites müde, andererseits als die wirtschaftlich Schwächeren nicht genug Mut aufbringen, auf die strikte Einhaltung des Tarifs verzichteten. Nach Gründung eines Geschäftes im Saargebiet bemühte sich natürlich jeder Kollege, der Fuchtel Burgers zu enttrinnen. Durch seine prima Kellame in all den Jahren ist es ja auch den Kollegen in den fernsten Eden bekannt, wie zwecklos es ist, auf ein Inferat Burgers einzugehen, und es ist dieser natürlich äußerst erobst, daß ein Teil der Kollegen zu seiner Ernährung nicht mehr beitragen will und ins nahe Saargebiet geht. Wie nun diese Pflichtvergesenen zu rücken? Nun gibt es seit einem Jahr ungefähr wieder die sogenannte Saargängerunterstützung, und was lag näher, als sich dieses Mittels zu bedienen. An einem der letzten



Naturfreundehaus Großsteinberg.

Bahnstation der Linie Dresden-Döbeln-Leipzig. Für 150 Personen Unterkunft. 2- und 3-Betten-Zimmer vorhanden, großer Lagerraum, Dunkelkammer, elektrisches Licht. Babegelegenheit in der Nähe des Hauses. Herrlich gelegen für Wanderungen ins Muldental, nach Grimma, Würzen, in den Goldhizer Forst usw.



Naturfreundehaus am Ballenberg bei Neulitz (Raußig).

Bahnstation an der Linie Dresden-Bischofswerda-Zittau. Unterkunft für etwa 200 Personen in Zimmern und Schlafsälen. Großer Aufenthaltsraum, Dunkelkammer usw. In der Umgebung Waldgebiet. Günstig gelegen für Wanderungen nach dem Klosterberg (Steinbrüche), Mühlendöber Berg, Böhle, Ballenberg und Unger, nach dem Bielehoh, nach Baugen usw.

Sonntage wurden alle im Saargebiet beschäftigten Kollegen aufs Amt geladen und einem peinlichen Verhör unterzogen, ob sie nicht bloß der Unterstützung wegen ins Saargebiet gingen. Auf Befragen hieß es, daß der Verband der Granit- und Leistenarbeiter, die Karlsruher, eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten gerichtet hat. Daß der genannte Verband das Vorkommen und auch Schicksal dieses Vorgehens nicht begriffen hat, nimmt uns wunder. Es sind uns Leute bekannt, die in diesem Verband führend sind, denen wir eine solche Handlungsweise nicht zugetraut hätten. Glauben die Herren wirklich, die Arbeiter würden ihr ganzes Familienleben opfern, doppeltelten Haushalt führen, jede Woche die mühselige Reise von zwölf Bahnstunden machen wegen der Fahrgelderstattung und einigen Pfennigen Mehrerwerb? Sag es nicht viel näher, sich über die gegenwärtigen Zustände zu informieren? Aber es dürfte dem Unternehmerverband sowieso bekannt sein, daß er Mitglieder hat, in deren Betrieb zu arbeiten eine Qual ist, trotz Tarifabschlüssen. In das staatspolitische Einsehen mancher Menschen zu appellieren, halten wir für aussichtslos, wenn sie auch oft genug mit patriotischen und wirtschaftlichen Prämissen haufieren gehen. Aber wir protestieren aufs schärfste dagegen, daß aus persönlichen egoistischen Motiven die Freizügigkeit des Arbeiters einzuschränken versucht wird. Denn etwas anderes bezweckt die Beschwerde in Wirklichkeit nicht. Inwieweit eine Unterstützung der Saargänger angebracht ist, dürften Klügere Köpfe entscheiden. Bereits einmal mußten sich die Kollegen von Baumholder öffentlich zur Wehr setzen gegen eine solche Sache, deren Beweggrund derselbe war. In einem vertraulichen Schreiben wurde vor einigen Jahren der deutschen Zollbehörde in Kreuznach mitgeteilt, die ins Saargebiet reisenden Steinarbeiter würden durch Schmuggel von Granitplatten, Carborundum usw. die deutsche Industrie schädigen. Der französische Zollverwaltung in Saargemünd wurde gleichzeitig mitgeteilt, diese Arbeiter würden Diamant schmuggeln. Das ist schon mehr, als ertragen werden kann. Wir können nur versichern: Wir Steinarbeiter werden uns nie verleiten lassen, durch unwahre Angaben oder sogar durch weitberühmte Auslegung des Gesetzes einen ungesetzlichen Vermögensvorsprung zu verschaffen. Wir werden uns aber auch mit allen Mitteln gegen Manipulationen wehren, deren Beweggründe alles andere sind, nur keine anständigen.



**Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit.** Der Rückgang der Arbeitslosigkeit setzte sich auch in der ersten Hälfte des Monats Mai fort. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ging von rund 729 000 auf 642 000 vom 30. April bis zum 15. Mai zurück. Der Rückgang beträgt mithin 87 000 oder 11,9 v. H. An demselben waren fast ausschließlich Männer beteiligt. Die Zahl der unterstützten Frauen sank nur um 2 400 oder um 1,6 v. H. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung hat in der ersten Hälfte des Mai um 12 v. H. abgenommen. Sie sank von rund 162 400 auf 142 900. Die Zahl der Notstandsarbeiter blieb in der Berichtzeit auf 91 900. Seit dem Höchststand der vergangenen Winterperiode vom 15. Januar 1928 hat sich die Zahl der in der Arbeitslosenversicherung unterstützten Personen um rund 730 000 vermindert. Der Stand der Arbeitslosigkeit Mitte Mai dieses Jahres ist an der Zahl der unterstützten Arbeitslosen gemessen um rund 100 000 Personen günstiger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenversicherung und in der Krisenunterstützung waren im Vorjahre am 15. Mai 969 000 vorhanden, gegenüber 785 000 Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenunterstützung dieses Jahres. Das sind insgesamt 184 000 Arbeitslose weniger. Es wird sich zeigen, wie sich der Rückgang der allgemeinen Wirtschaftslage in den nächsten Monaten auf dem Arbeitsmarkt auswirkt.

**Starke Verminderung der Arbeitsämter.** Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat nunmehr seine Beratungen über die Abgrenzung der Arbeitsamtsbezirke abgeschlossen. Es war hier eine durchgehende Reorganisation notwendig. Der vorgenannte Vorstand ging bei seinen Entschlüssen von Vorschlägen aus, die von den Verwaltungsausschüssen der Landesarbeitsämter in enger Fühlung mit den örtlichen Stellen ausgearbeitet und von den obersten Landesbehörden gutachtlich geprüft worden waren. Nach dem Willen des Gesetzgebers sollten für die Festlegung der neuen Grenzen wirtschaftliche Zusammenhänge der Arbeitsämter entscheidend sein. Es mußte also das Ausgleichsbedürfnis des Arbeitsmarktes in den einzelnen Bezirken geprüft, die besonderen Anforderungen eigentümlicher Teilarbeitsmärkte berücksichtigt und schließlich auch die Verbindung ausgeprägter Arbeiterwohngebiete mit den wichtigen Beschäftigungsgemeinden gesichert werden. Diese Gesichtspunkte haben zu einer starken Zusammenlegung der bisherigen Arbeitsamtsbezirke geführt; auch politische Grenzen mußten nicht selten überschritten werden. Während gegenwärtig im Reichgebiet 887 öffentliche Arbeitsnachweise bestehen, und zwar in der Regel für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde ein Arbeitsnachweis, ist die Zahl der Arbeitsämter nach den neuen Beschlüssen auf 362 festgesetzt worden. Diese verteilen sich auf 13 Landesarbeitsamtsbezirke wie folgt: Ostpreußen 12 (bisher 40), Schlesien 27 (65), Brandenburg 33 (82), Pommern 11 (50), Nordmark 16 (58), Niedersachsen 28 (85), Westfalen 34 (63), Rheinland 39 (55), Hessen 18 (40), Mitteldeutschland 33 (76), Sachsen 34 (105), Bayern 41 (98) und Südwestdeutschland 36 (70). Damit ist eine weitere Voraussetzung für die Eingliederung der öffentlichen Arbeitsnachweise in die Reichsanstalt erfüllt. Man sieht, daß bei den sozialpolitischen Behörden die Rationalisierung des Behördenaufbaues viel schneller und durchgreifender voranschreitet, als bei den politischen. Die ungesetzliche Zerissenheit in sogenannte Einzelstaaten wird hier ziemlich glatt überwunden.

**Weider immer nur Theorie.** In einem Artikel des „Berliner Börsen-Courier“, „Rationalisierung im Waren- und Kaufhändler“, kommt der Direktor des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhändler auf die Voraussetzungen, Zweck und Nutzen der Rationalisierungsbemühungen in Deutschland zu sprechen. Dabei bezeichnet er folgendes als Endzweck dieser Umstellung: „Unbedingte Herabsetzung der Preise und damit Erhöhung der Kaufkraft der großen Schichten, gleichzeitig Ermöglichung eines erfolgreichen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt. Wenn durch diese Bestrebungen, durchweg als Rationalisierung bezeichnet, zwar eine Verbilligung der Herstellung oder des Betriebes erzielt wird, aber keine Preisentwertung eintritt, sondern der vermehrte Gewinn in die Taschen der Unternehmer fließt, dann ist die Rationalisierung im Sinne der Volkswirtschaft wertlos. Der Unternehmer soll durchaus nicht leer ausgehen, seine Rente muß sich aber in den üblichen Grenzen bewegen.“

Weider bleiben solche äußerst vernünftige Anregungen immer nur Theorie. Naturgemäß haben die Waren- und Kaufhändler an einer hohen Kaufkraft der Bevölkerung großes Interesse. Aber solche Gedanken sollten nicht lediglich Privatmeinungen von Kreisen des Einzelhandels sein, sondern sich in der Wirtschaft allgemein durchsetzen. Wir sind überzeugt, daß dann die Gewerkschaften nicht mehr tauben Ohren zu predigen brauchen. Nebenbei mag noch erwähnt werden, daß der vorgenannte Artikelschreiber auch die Kaufkraft des Personals der Waren- und Kaufhändler mit folgenden Worten erkennt: „Die Kaufkraft des Personals, das einen Teil der Abnehmerkraft für den Kaufmann darstellt, ist für das Geschäft an sich von außerordentlicher Bedeutung und darf nicht geschwächt werden.“ Auch dies ist ein Gedanke, der in den Kreisen des Einzelhandels ebenfalls noch nicht als etwas selbstverständliches betrachtet wird.

**Eine Heimstätte im wahrsten Sinne des Wortes.** Jeder Fremde, der nach Hamburg kommt, hat die Möglichkeit, billig und gut in der Heimstätte des ADGB zu übernachten. Im Leben der Hamburger sind die Herbergen eine große Rolle. Das hat sich in der Nachkriegszeit grundlegend geändert. Die Demobilisierungsbemühungen und die damit verbundene Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter, die Wohnungsnot und andere Ursachen legten die „Walze“ vollkommen lahm. Deshalb wurde in Hamburg die Herberge des Gewerkschaftshauses stillgelegt. Um aber trotzdem gute Unterkunftsmöglichkeiten für die nach Hamburg kommenden Arbeiter und Angestellten und daneben noch einen billigen und guten Hotelbetrieb zu schaffen, wurde ein stattlicher Bau in unmittelbarer Nähe des schönen Hamburger Gewerkschaftshauses am Nagelsweg errichtet. Das Haus ist mit allem Komfort ausgestattet, die Zimmer sind hell und freundlich, der Zimmerpreis ist sehr gering und deckt nur den Selbstkostenpreis. Dies ist möglich, weil der Hamburger Staat Baugeld zu einem sehr günstigen Zinsfuß zur Verfügung stellte. Der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB Hamburg, der Kollege John Ehrenkeit und daneben der Kollege Friedrich Bauer, der jetzt in der Hamburgischen Gesandtschaft in Berlin tätig ist, haben sich durch die Errichtung dieser Heimstätte große Verdienste erworben. Im Geschäftsbericht des Ortsausschusses für 1927 werden Angaben über die Benutzung der Heimstätte gemacht. Im Restaurant- und Liebernachtsbetrieb wurde im Jahre 1927 ein Umsatz von 376 130 Mark oder pro Tag 1030,50 Mark erzielt. Die Heimstätte erzielte insgesamt 49 268 Nachtvermietungen. Im Jahresdurchschnitt konnte eine Belegung der verfügbaren Betten von 70 Prozent festgestellt werden.

Jeder Besucher Hamburgs, der in der Heimstätte des ADGB übernachtete, wird des Lobes über diesen Betrieb voll sein. Da der diesjährige Gewerkschaftstongress in Hamburg tagt, werden die Gewerkschaftsgenossen ganz Deutschlands Gelegenheit haben, die Heimstätte kennenzulernen. Wir sind überzeugt davon, daß dieses Haus mit dazu beiträgt, das Andenken an den Aufenthalt in Hamburg anlässlich der großen Gewerkschaftstagung für immer wach zu halten.

**Vom „sterbenden“ Mittelstand.** Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A.-G. ist ein Institut, das hauptsächlich den sogenannten Mittelstand, Handwerker, Gewerbetreibende, Grundbesitzer usw. zum Kunden hat. Der letzte Geschäftsbericht dieser Bank zeigt, daß das Geschäft ein sehr gutes war. Es wurden 12 Prozent Dividende verteilt, außerdem 150 000 Mark der Reserve zugeführt und 145 000 Mark auf neue Rechnung vorgezogen. Bei einem Aktienkapital von 1 Million Mark wurde ein Reingewinn von 415 000 Mark erzielt. Die Kundenzahl der Bank wuchs von 4219 am 31. Dezember 1925 auf 21 925 am 31. Dezember 1927. In dem Geschäftsbericht heißt es u. a.: „Trotz der Hemmungen, die der Bildung von Neukapital immer noch entgegenstehen, hatten wir einen außerordentlich starken Zuwachs an fremden Geldern, die zu einem nicht unerheblichen Teil den Charakter von Spareinlagen tragen, zu verzeichnen. Die Einlagen sind von 21,5 Millionen Mark Ende 1926 auf 38,7 Millionen Mark Ende des Berichtsjahres angewachsen, haben sich also nahezu verdoppelt.“ Der Gesamtumsatz der Bank auf einer Seite des Hauptbuches betrug im Vorjahre 755,5 Millionen Mark. Im Jahre 1925 dagegen erst 154,5 Millionen Mark. In diesem kolossalen Anwachsen des Geschäfts ist zu erleben, wie diese Bank des Mittelstandes sich zu entwickeln vermochte. Angesichts dieser Ziffern kann man wahrhaftig nicht von einem „sterbenden“ Mittelstand reden, wie dies in sensationeller Aufblasung bestimmter Vorgänge von den Interessentengruppen immer geschieht.

**Wer ist der Erbauer von Wohnungen?** Von der Stadt Köln wird eine interessante Statistik veröffentlicht, aus der folgendes hervorgeht: Im Jahre 1926 wurden rund 3500 Wohnungen erbaut, die zur Hälfte Einfamilienhäuser darstellen. 167 Gebäude enthielten je zwei, 172 je 3 bis 5 und 249 je 6 und mehr Wohnungen. Die Mehrfamilienhäuser wurden meistens von gemeinnützigen Genossenschaften erbaut. 60 der neuen Wohnhäuser wurden von Behörden, 24 von Angehörigen freier Berufe, 74 von Beamten und Angestellten, 31 von Fabrikanten und Erwerbsgesellschaften, 63 von Kaufleuten, 115 von Bauunternehmern, 16 von anderen Gewerbetreibenden, 91 von Angehörigen sonstiger Berufe und 88 von Berufslosen errichtet. Hingegen wurden 606 Wohnungen von gemeinnützigen Baugenossenschaften erbaut. Aus dieser Aufstellung geht deutlich hervor, daß die gemeinnützigen Baugenossenschaften die meisten Wohnungen errichten ließen.

### BEKANNTMACHUNGEN DES ZENTRAL-VORSTANDES

Der frühere Kassierer der Zahlstelle Seebach, Amt Achern (Baden), hat neben anderen Veruntreuungen für sich und 3 andere Kollegen die Eintrittsdaten gefälscht, unrechtmäßigweise Verbandsbücher ausgestellt und Krankenunterstützung gezahlt, trotzdem die Betroffenen noch nicht unterstützungsberechtigt waren.

Die Bücher lauten auf folgende Namen: Johann Eiser, Franz Rampfner, Joseph Freisinger und Gustav Freisinger. Die Kollegen allerorts werden ersucht, den Genannten die zu Unrecht ausgestellten Bücher sofort abzunehmen und an den Verbandsvorstand einzufenden. Wenn sie wieder Mitglied werden wollen, haben sie neu einzutreten.

Franz Rampfner hat außerdem 42.— M. Krankenunterstützung unrechtmäßigweise erhalten, deren Zurückzahlung die mit A. zum amtierenden Kollegen ebenfalls veranlassen möchten.

Der Kollege Gottlieb Reihmann, geb. 18. 12. 08. zu Lorenzreuth, Oberfr., gab auf dem Verbandsbureau an, seine Interimskarte verloren zu haben. Da seine Angaben auf verschiedene Fragen hin glaubhaft erschienen, wurde ihm zu seinem weiteren Fortkommen eine Bescheinigung ausgestellt. Die angestellten Nachfragen bei verschiedenen Zahlstellen lassen erkennen, daß es mit dem Verlierer der Karte doch nicht so ganz stimmt, sondern man zu dem Schluß kommt, daß die Karte nicht in Ordnung war und sowieso nicht mehr als Verbandsausweis gelten konnte. Wir ersuchen die Funktionäre allerorts, dem Kollegen Gottlieb Reihmann den Ausweis abzunehmen, damit er den Verband und die Kollegen nicht schädigen kann.

### BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN- U. GAULEITUNGEN:

**Apotha.** Die Firma Müller aus Weimar führt hier am Ort Straßenbauten aus. Dabei arbeiten die Steinseher Karl Müller aus Erfurt, Karl Gerich aus Weichenfels und noch einer aus der Gegend von Weimar täglich 10½ bis 11 Stunden, wodurch die Hilfsarbeiter gezwungen sind, ebenfalls mitzumachen oder ihre Entlassung zu nehmen. Bei dieser Firma kann von Arbeiten nicht mehr gesprochen werden, es ist ein Rasen und Würgen. Arbeitsjunge Kollegen mögen sich diese Firma und die dort arbeitenden Steinseher merken.

**Köln I.** Der Steinseher Emil Quanz ist von Köln abgereist, ohne sein Verbandsbuch in Ordnung zu bringen und ist nunmehr wegen rückständigen Beiträgen aus dem Verbandsausgelassen worden. Außerdem hat der saubere Patron bei unserem Lokalwirt durch Zechprellerei noch 8 M. Schulden zu regeln. Auch bei mehreren Kollegen, die er angepumpt hat, steht er in gutem Gedanken. Also Vorsicht, und wo er auftaucht, einen „warmen“ Empfang.

- ### ADRESSEN-ÄNDERUNGEN
3. Gau: **Leutenich** (Meißen-Land). Vorf. Erich Schröder, Leipsen (Meißen-Land). — **Dextrilla** (Meißen-Land) Kassierer Walter Pappirich, Nr. 36.
  4. Gau: **Osterholz**. Vorf. Wilh. Tegetmeier, Eicher Nr. 61, Post Nehen (Graßhof, Schaumburg). — **Calbe a. d. Saale**. Vorf.: Walter Jahn, Schullstr. 8. — **Friedenwald** (Kassel-Land). Vorf. und Kass.: Martin Friede.
  5. Gau: **Wartenscheid**. Kass.: Fritz Brauner, Wartenscheid-Westenfeld, Wibelstr. 6.
  7. Gau: **Rehheim**. Vorf.: Wolfgang Deufel, Gronsdorf Nr. 1, Post Rehheim (Niederbay.).

### NEUE BÜCHER- U. ZEITSCHRIFTEN

Katgeber für die Krankenversicherung, von Arthur Han, Abteilungsleiter bei der Amtl. Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig. 7. Auflage, 1928. Verlag Friedrich A. Wobbel, Leipzig C. 1, Blumenstraße 18. Einzelpreis 60 Pfennig. Bei Partienbestellungen, Ermäßigungen bis auf 40 Pfennig.

Von dem Heftchen erscheinen jetzt jährlich immer mehrere Auflagen, gewiß der beste Beweis dafür, daß außerordentliches Interesse sich an dem Text auf 48 Seiten erweitert worden; nicht nur die wichtigsten Bestimmungen über die Erhaltung der Versicherungsträger sind jetzt berücksichtigt worden, sondern auch eine kurze Zusammenfassung des Aufgabengebietes der Kassenorgane. Wir können die Neuauflage wieder uneingeschränkt empfehlen und wünschen ihr weitestgehende Verbreitung.

**Rasputin, der allmächtige Bauer.** Von A. Simanowitsch, ehemaligem Sekretär Rasputins. Uebersetzung aus dem Russischen und Bearbeitung des Manuskripts von W. Wollficht. Henkel & Co., Verlag, Berlin W. 30, 1928. 360 Seiten, 10 ganzseitige Bilder, 6 Originalbriefe von Rasputin, mit zweifarbigen, illustrierten Runddruckaufhängen, in Ganzleinen 3 M. — Es ist ein mißbegabtes Bild, das Simanowitsch, der einseitige Sekretär des allmächtigen Jarenjunglings, in seinen Erinnerungen auftritt. Spannend erzählt er von dem willenlosen Jaren Rifow Ius II., von dem kranken Jarewitsch, von dem erbitzten Kampf zwischen dem Jaren und dem Hof der Jaren-Witwe, von den furchtbaren Zudungen des durch revolutionäre Gärung und zwei unglückliche Kriege aufs Tiefste erschütterten Jarenreiches, von den blutigen Wirren des Bürgerkrieges und zum Schluß von dem tragischen Tod der Jarenfamilie. Auf diesem düsteren Hintergrund hebt sich wie ein seltsames Phänomen die merkwürdige Gestalt des sibirischen Bauerngagabanden ab, der es vermöge seines rätselhaften Einflusses auf seine Umgebung fertig brachte, die Klügsten und Mächtigsten des großen Jarenreiches zu überlisteten. Ueber Rasputin ist sehr viel geschrieben worden. Die Erinnerungen Simanowitschs, der weniger sein Sekretär als vielmehr sein Katgeber und vertrauter Mitarbeiter war, geben aber zum ersten Male ein vom Verfasser wirklich geliebtes und nicht erst nachträglich konstruiertes Bild der Persönlichkeit Rasputins. Man erfährt von ihm, daß es in der bisher nur mangelhaft bekannten Wirklichkeit dieses Mannes recht viele Dinge gab, von denen man bisher keine Ahnung hatte.

**Unfrühe Reichsbanner-Zeitung.** Erscheint wöchentlich. Postanmeldung monatlich 80 Pfg. Postankalten und Verlag J. S. W. Dieck, Berlin SW. 68, nehmen Bestellungen an.

**„Frauenwelt.“** Halbmonatsschrift, Preis 30 Pfg., mit Schnittmusterbogen 40 Pfg. Verlag J. S. W. Dieck Nachfolger, Berlin SW. 68. Bestellungen bei allen Postankalten und Buchhandlungen.

Der „Wahre Jato“ ist zum Preise von 30 Pfg. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.

### ANZEIGEN

**Steinseher u. Hammer**  
stellt sofort ein **Fa. A. Gädke**  
Stettin, Falkenwalder Str. 31

**Steinbruch-Schuhe**  
handgearbeitet, in bekannt guter Qualität und Ausführung. 14.— Mk. Jagdschuhe, Naturleder u. Korbbox ..... 14,50 Mk. **Herrn Weibers, Berufsschuhwerk** Bad Godesberg.

**Tüchtige Granitsteinmetzen**  
stellt sofort ein **Alfred Schott Nachf.** Marmor- und Granitwerk **Görlich, Reichenbacher Str. 1978**

**Emil Hohlfeldt, Dresden 6**  
Ritterstraße 2  
Fabrik und Versandhaus für **Steinarbeiter-Berufskleidung** Preislisten und Muster gratis und franco. — Vertreter gesucht

**STEINSETZER**  
für laufende Arbeiten in Berlin gesucht (Tariflohn)  
**OTTO SPREMBERG**  
Steinsetzmeister  
Berlin-Lichterfelde, Mühlenstr. 3a

**Tüchtige Marmorhauer und -schleifer**  
stellt ein **Paul Kretschmann**  
Leipzig C 1, Universitätsstr. 22/24

**Pflasterhämmer**  
aus bestem Schweißstahl  
**Rammen, Brechstangen**  
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb  
**Otto Teske, Berlin N 31**  
Brunnenstraße 82

Die besten **Pflasterhämmer** sind mit **AM** gezeichnet und aus mit bestem Stahl angefertigt. Lieferbar sofort in allen Größen, da stets einige hundert Stück am Lager. Zu beziehen vom Hersteller **Aug. Mosch, Schmiedemeister, Altkessel, Kr. Grünberg i. Schles.**

**Lesen:** Für ein größeres Gemeinde-Steinbruchunternehmen Mitteldeutschlands wird eine erste leitende Kraft, durch und durch Fachmann, möglichst bald gesucht. Annehmbare Besoldung und freie Wohnung sicher. **Soziale Einstellung Bedingung.** Eventuelle Bewerbungen unter „Direktor“ an die Schriftleitung des Steinarbeiters. Nachweise über berufliche und sonstige Eignung ist zu erbringen. Bewerbungen bis 23. Juni 1928 erbeten.

### GESTORBEN

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- In **Berlin** am 15. Mai der Sandsteinmetz **Otto Seris**, 48 Jahre alt, Weißblut (4 Monate krank).
- In **Spohofen** am 17. Mai der Sandsteinmetz **Georg Grünwald**, 55 Jahre alt, Lungentuberkulose (seit 1917 invalide wegen Lungenleiden).
- In **München** am 18. Mai der Steinseher **Joseph Gartner**, 51 Jahre alt, Schlaganfall (12 Wochen krank).
- In **Königsbrunn** am 26. Mai der Pflastersteinmetz **Ernst Ritscha**, 55 Jahre alt, Lungentzündung (28 Tage krank).
- In **Eunewalde** am 26. Mai der Granitsteinmetz **Herrn Hennig**, 51 Jahre alt, Herz- und Lungenleiden (2 Jahre 4 Monate krank).
- In **Fechenbach** am 27. Mai der Sandsteinmetz **Leo Rümmelein**, 37 Jahre alt, Lungentuberkulose (40 Wochen krank).
- In **Kalteneck** am 29. Mai der Pflastersteinmetz **Mag Käfer**, 53 Jahre alt, Darmtrebs (5 Monate krank).
- In **Großsteinberg** (Grimma) am 2. Juni die Schiefmeister **Paul Zanker**, 53 Jahre alt, und **Kurt Freitag**, 27 Jahre alt (beide durch tödlichen Sprerzuntfall).

Ehretrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: **Hermann Siebold**, Verlag **Ernst Wiedler**, beide in Leipzig.  
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.